

**Rahmenvereinbarung über die Verwertung und Entsorgung
von Elektroaltgeräten der Sammelgruppen IV und V,
die unter AVV 20 01 35* fallen, für den Zeitraum
vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2028,
aufgeteilt auf drei Lose**

Vergabeunterlagen:

Teil I - Leistungsbeschreibung und Vertragsausführungsbestimmungen

Teil II - Vergabeverfahren (Ablauf und Bewertungsvorgehen)

Teil III – Preisblätter für die Lose 1, 2 und 3

Auftraggeberin:

Stadt Bielefeld
Die Oberbürgermeisterin
33602 Bielefeld

Während des Vergabeverfahrens sind Rückfragen ausschließlich unter Nutzung der Kommunikationsmöglichkeit der Vergabeplattform zu richten an:

Stadt Bielefeld
Amt für Zentrale Leistungen
Zentrale Vergabestelle

I Leistungsbeschreibung und Vertragsausführungsbestimmungen

Vorwort

Rahmenvereinbarung über die Verwertung und Entsorgung von Elektroaltgeräten der Sammelgruppen IV und V, die unter AVV 20 01 35* fallen, für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2028, aufgeteilt auf drei Lose wie folgt:

- Los I- Sammelgruppe IV (Anteil weiße Ware)
- Los II – Sammelgruppe IV (Anteil übrige Großgeräte)
- Los III – Sammelgruppe V (Kleingeräte)

Die Sammelgruppe IV umfasst seit dem 1. Dezember 2018 Großgeräte. Diese Sammelgruppe ist seitdem nicht identisch mit der bisherigen Sammelgruppe I - Haushaltsgroßgeräte. Die neue Einteilung der Sammelgruppe besagt, dass Großgeräte solche Geräte sind, bei denen mindestens eine der äußeren Abmessungen mehr als 50 cm beträgt. Die Sammelgruppe IV (Großgeräte) umfasst damit Geräte, die in mindestens einer Abmessung über 50 cm aufweisen. Beispielhaft sind zu nennen: Waschmaschinen, Wäschetrockner, Elektroherde, Spülmaschinen, Geschirrspüler, Mikrowellen mit entsprechender Kantenlänge.

Jedoch fallen seitdem auch einzelne Geräte, wie etwa Werkzeuge (Staubsauger, Bohrmaschinen), Leuchten, die im Einzelfall über 50 cm messen (bis zum 30.11.2018 in der Sammelgruppe V erfasst) dann auch unter die Sammelgruppe der Großgeräte. Gemäß der Definition durch die Stiftung EAR gilt als Basis für die Abmessung die kompakte Form des Geräts in gebrauchsfertigem Zustand; d.h., wenn zum Beispiel ein Handstaubsauger in eine kleinere Form zusammengeschoben werden und so ebenfalls noch „gebraucht“ werden kann, so ist diese Form für die Bestimmung der Abmessungen maßgeblich.

Neben den Haushaltsgroßgeräten, die vor dem 01.12.2018 in der Sammelgruppe I erfasst wurden, werden in der neuen Sammelgruppe IV ab 1. Dezember 2018 auch Geräte der Informations- und Telekommunikationstechnik erfasst, sofern sie in mindestens einer äußeren Abmessung über 50 cm groß sind und nicht der Sammelgruppe II (Notebooks, Laptops, E-Reader, LCD-Fotorahmen) zuzuordnen sind. Somit gehören z.B. große Drucker oder Rechner ab dem 01.12.2018 zur Sammelgruppe IV.

Hierdurch wird offensichtlich, dass sich die Zusammensetzung der Sammelgruppe IV durch Hinzukommen weiterer Gerätetypen (etwa Sport- und Freizeitgeräte: Ergometer, Keyboard, ggf. Rasenmäher, große Drucker) seit 2018 geändert hat und insoweit ein auch **hinsichtlich der Form** heterogener Stoffstrom entstanden ist. Dieser Umstand führte dazu:

- dass auch die Technik der Stapelung im Großcontainer angepasst werden musste, da die Stapelung nicht mehr so einfach erfolgen kann wie bei dem tendenziell gleichförmigen früheren Gemisch aus Waschmaschinen, Herden und Geschirrspülern. **Von einer durchgängigen Quaderform kann nicht mehr ausgegangen werden**
- dass die Verwertbarkeit dieser heterogen zusammengesetzten Sammelgruppe nahezu kaum in einer Anlage sichergestellt werden kann, da an einzelne Stoffströme aus dieser Sammelgruppe verschiedenartige Ansprüche gestellt werden
- dass sich diese Sammelgruppe in ihrer materiellen Zusammensetzung erheblich von der ursprünglichen Sammelgruppe „Haushaltsgroßgeräte“ absetzt.

Aus diesem Grunde wird die Sammelgruppe IV in zwei Stoffströmen (analog in zwei Lose) zur Verwertung zur Verfügung gestellt:

- Los I:** Geräte der ehemaligen Sammelgruppe I in der Zusammensetzung bis zum 30.11.2018
- Los II:** übrige Großgeräte mit einer Kantenlänge größer 50 cm aus den ehemaligen Sammelgruppen III und V in der Zusammensetzung bis zum 30.11.2018

Für die Verwertung der Sammelgruppe V wird ein weiteres Los gebildet:

- Los III:** Kleingeräte und kleine Geräte der ITK. Diese Sammelgruppe kann zusätzlich ca. 80.000 bis 100.000 Rauchmelder bzw. Heizkostenablesegeräte pro Jahr enthalten.

Die Rauchmelder besitzen im Regelfall ein Kunststoffgehäuse. In der Bodenplatte ist eine Metallplatte eingelassen. Mit deren Hilfe werden die Rauchmelder zum leichteren Austausch an einem Magnethalter an der Decke befestigt. Die Rauchmelder enthalten im Wesentlichen eine zwischen den Anschlussbändern verlötete Batterie, eine Detektionskammer mit einer optischen Rauchererkennung und eine Platine mit elektronischen Bauteilen. In Teilen sind die Batterien aus den Geräten entnehmbar. Diese Mengen ohne Batterien werden getrennt zur Verfügung gestellt. Gesammelt werden die Rauchmelder und die Heizkostenablesegeräte in Euro-Gitterboxen (Außenmaße 1240x835x970 mm) mit Inlay (BigBag).

Die beim Umweltbetrieb anliefernden Betriebe sind gemäß der im Internet von der EAR bereitgestellten Liste als Hersteller / Verreiber registriert und insoweit verpflichtet und berechtigt, für ihre Geräte das Rücknahmesystem der EAR zu nutzen.

Angaben und Leistungsvorgaben für Los 1, Los 2 und Los 3

Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld (UWB) hat die Verwertung von insgesamt ca. 3.400 t Elektroschrott der Sammelgruppe IV Großgeräte (AVV 20 01 35*) entsprechend der oben genannten Einteilung und der Sammelgruppe V Kleingeräte (AVV 20 01 35*) für den Zeitraum vom **01.01.2027 bis zum 31.12.2028** zu vergeben.

Entsprechend der im Vorwort aufgeführten Loszusammensetzung wird von folgender Mengenaufteilung ausgegangen

Los I-	Sammelgruppe IV (Anteil weiße Ware)	ca. 1.450 Tonnen in 2 Jahren
Los II –	Sammelgruppe IV (Anteil übrige Großgeräte)	ca. 500 Tonnen in 2 Jahren
Los III –	Sammelgruppe V (Kleingeräte)	ca. 1.450 Tonnen in 2 Jahren

Bei den im Leistungsverzeichnis genannten Tonnagen handelt es sich um geschätzte Mengen, die auf den tatsächlichen Tonnagen des gleichen Zeitraumes der Vorjahre basieren. Es sind Abweichungen nach unten oder oben möglich.

Sollte während der Vertragslaufzeit eine der Vertragsparteien feststellen, dass die ausgeschriebenen Mengen je Los um mehr als 50 % überschritten werden und der anderen Partei die Überschreitung der ausgeschriebenen Mengen je Los gegenüber erklären, endet der Vertrag nach Ablauf von sechs weiteren Monaten zum Monatsende, bzw. spätestens nach Ablauf der Vertragslaufzeit ohne, dass es einer Kündigung bedarf.

Abrechnung / Rechnungsstellung

Die Abrechnung erfolgt auf Basis der Verwiegung der angelieferten Mengen in € / t. Hierzu ist ein Wiegeschein zu erstellen, der alle erforderlichen Angaben (wie z. B. Datum, Uhrzeit, Gewicht, Abfallart, Anlieferer, Kfz-Kennzeichen usw.) enthält. Die beim Verwiegen entstehenden Kosten sind in den Angebotspreis einzukalkulieren.

Die Abrechnung erfolgt monatlich durch den Auftragnehmer jeweils bis zum 10. eines Monats für den Vormonat.

Aus den Rechnungen müssen nachstehende Informationen hervorgehen.

1. Herkunftsort gemäß Lieferschein – Jede Rechnung ist nach der Herkunft des Materials zu strukturieren
2. Datum der Anlieferung
3. Angelieferte Menge - Beleg durch Wiegeschein (Kopie)
4. Durchgeführter Auftrag - Beleg durch Kopie des Lieferscheins
5. Preis für die jeweils angelieferte Menge [Einzelpreis (€ / t) * Masse (t)]
6. Vergütung netto (Gesamterlös netto)
7. Mehrwertsteuerausweisung
8. Vergütung brutto (Gesamterlös brutto)

Die letzte Rechnung an den Auftraggeber aus diesem Auftrag nach dem 31.12.2028 ist eindeutig mit dem Hinweis „Schlussrechnung“ zu versehen.

Jede Rechnung darf nur einmal an die Stadt Bielefeld geschickt werden. Rechnungen in Papierform werden nicht akzeptiert.

Die Rechnungen sind an den Umweltbetrieb Bielefeld zu senden. Hierfür gibt es **zwei** verschiedene Möglichkeiten:

X-Rechnung

Gemäß § 7a des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung in NRW (EGovG NRW) können Rechnungen auch elektronisch mit dem XRechnungs-Standard übersandt werden. Dabei stellt die XRechnung ein strukturiertes elektronisches Format auf XML-Basis dar. Weitergehende Informationen finden Sie unter folgendem Link:

<https://vergabe.nrw.de/wirtschaft/e-rechnung-nrw>

Sofern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, übersenden Sie Rechnungen in dem neuen strukturierten X-Rechnungs-Format an die Stadt Bielefeld ausschließlich an die E-Mail-Adresse: eingang@erechnung.nrw

Als Leitweg-ID für die Stadt Bielefeld - Umweltbetrieb verwenden Sie bitte: 05711-32002-64.

PDF-Rechnung

Es wurde eine Mailadresse für PDF-Rechnungen eingerichtet:

Rechnungen.Umweltbetrieb@bielefeld.de

Diese Mailadresse ist ausschließlich für PDF-Rechnungen. Andere Maileingänge können nicht bearbeitet werden. Für einen reibungslosen Ablauf und zeitnahe Bearbeitung sind folgende Hinweise zu beachten:

- Andere Formate als das pdf-Format werden nicht akzeptiert.
- Der Dateiname darf maximal 55 Zeichen lang sein.
- In einem pdf-Dokument darf nur eine Rechnung enthalten sein.
- Rechnungsbegründende Unterlagen müssen zusammen mit der Rechnung in einem pdf-Dokument zugesandt werden.
- Pro E-Mail darf nur ein pdf-Dokument zugesandt werden.
- Verschlüsselte Dateien können nicht bearbeitet werden.

4. Verwertungserlöse

Bei dem angebotenen Verwertungserlös handelt es sich um einen Festpreis für die gesamte Vertragslaufzeit. Er beinhaltet sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit dem Auftrag entstehen.

Umsetzung § 2b UStG voraussichtlich zum 01.01.2027

Das Erfassen von E-Schrott und anderen Wertstoffen aus privaten Haushalten stellt nach § 20 i. V. m. § 17 Kreislaufwirtschaftsgesetz eine hoheitliche Aufgabe der Landkreise bzw. kreisfreien Städte dar. Diese Wertstoffe werden im Anschluss regelmäßig auf privatrechtlicher Grundlage an entsprechende Recyclingunternehmen weiterveräußert. Bislang wurde der Weiterverkauf als hoheitliches Hilfsgeschäft betrachtet und war somit steuerlich irrelevant. Das Bundesministerium für Finanzen (BMF) hat nun mit seinem Schreiben vom 15.11.2019 klargestellt, dass diese Veräußerung ab Anwendung des § 2b UStG umsatzsteuerbar und umsatzsteuerpflichtig ist, wenn sie auf privatrechtlicher Grundlage erfolgt (BMF-Schreiben vom 15.11.2019, Az. III C 2 - 7107/19/10007 :001).

Nach heutigem Kenntnisstand wird die Stadt Bielefeld in Umsetzung der geltenden Regelungen des Umsatzsteuergesetzes voraussichtlich ab dem 01.01.2027 für Verwertungserlöse die geltende Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen. Gleichzeitig wird für abzugsfähige Betriebsausgaben der Vorsteuerabzug geltend gemacht. Entsprechend sind Gutschriften und Rechnungen mit dem jeweils gültigen Umsatzsteuersatz auszuweisen.

Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG

Insofern sich aus dem Brennstoffemissionshandelsgesetz nach § 2 zusätzliche Kosten im Rahmen der thermischen Verwertung für den Abfall AVV 20 01 35* ergeben, sind diese mit in die Transport- und Verwertungskosten einzurechnen. Alternativ können sie als Einzelposition auf einem separaten Schreiben ausgewiesen werden.

Preisbindung/ Preisanpassung für die Transport- und Verwertungskosten

Der mit dem Angebot abgegebene Festpreis für die Transport- und Verwertungskosten gilt für mindestens 12 Monate ab Vertragsbeginn. Eine angemessene Preisanpassung auf Grundlage von Erhöhungen/ Minderungen der aktuellen Marktsituation ist frühestens nach Ablauf dieser 12 Monate möglich.

Eine Preisanpassung erfolgt auf schriftlichen Antrag einer der beiden Vertragsparteien. Der Antrag ist schriftlich bis spätestens zwei Monate vor dem beabsichtigten Änderungstermin zu stellen und bei der anderen Vertragspartei einzureichen.

Die Angemessenheit ist mittels entsprechender Schreiben unter Darstellung der Kostenentwicklung / Marktsituation zu belegen.

Wird die Preisanpassung im gegenseitigen Einverständnis anerkannt, gilt sie für weitere 12 Monate bzw. bei einer Preisanpassung ab dem 13. Monat nach Vertragsbeginn, bis zum Ende des Vertragszeitraums.

Sofern zwischen den Vertragsparteien keine Einigung erzielt wird, endet der Vertrag nach Ablauf von 4 Monaten zum Monatsende, in dem der Antrag gestellt worden ist, frühestens zum 30.04.2028.

Leistungsvorgaben

Die Leistung umfasst

- die Gestellung von Abrollcontainern an drei Wertstoffhöfen im Stadtgebiet Bielefeld in der im Leistungsverzeichnis genannten Anzahl / Menge. Die Container befinden sich in technisch einwandfreiem Zustand und müssen den Vorgaben gemäß § 15 ElektroG entsprechen und sind während des Leistungszeitraums mit der geltenden ADR konformen Zusatzausstattung (z.B. Euro-Gitterboxen (Außenmaße 1240x835x970 mm) mit Inlay (BigBag) ausgestattet. Der Elektroschrott und die Elektroaltgeräte müssen in den Containern witterungsgeschützt (trocken) lagerbar sein.
- die Transporte von den Wertstoffhöfen hin zu der auf den Auftragnehmer zugelassenen Erstbehandlungsanlage **und die dortige Verarbeitung des Materials**. In der Erstbehandlungsanlage wird eine manuelle Schadstoffentfrachtung vorgenommen. Insbesondere werden Batterien, Kondensatoren etc. vor dem Schreddervorgang entnommen.

Die Erstbehandlungsanlage ist verbindlich zu benennen. Ein Anlagenwechsel ist nur auf schriftlichen Antrag unter Angabe von triftigen Gründen und mit Zustimmung des Auftraggebers möglich.

Die Beladung der Container erfolgt durch den Auftraggeber (im Folgenden auch AG genannt). Die Elektroaltgeräte stammen gemäß ElektroG aus Selbstanlieferungen privater Haushalte und von Gewerbebetrieben, sowie der Sperrgutsammlung mit separater Erfassung von Elektroaltgeräten. Die durchschnittliche Zusammensetzung der Altgeräte variiert und kann jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen. Es besteht jedoch kein Anspruch auf ein Mindestfüllgewicht.

Nach „Vollmeldung“ eines Containers durch den AG erfolgt vom Auftragnehmer (im Folgenden auch AN genannt) die Abholung / der Tausch „leer gegen voll“ innerhalb von 2 Arbeitstagen. Sollte der AN trotz Vollmeldung durch den AG den Tausch / die Abholung des Containers nicht innerhalb von 2 Arbeitstagen vornehmen und seiner Verpflichtung auch nach zusätzlicher einmaliger schriftlicher Aufforderung mit Fristsetzung auf den Folgetag nicht nachkommen, so ist der AG berechtigt, ab dem vierten Arbeitstag nach der Vollmeldung je Arbeitstag ein „Verzugsentgelt“ in Höhe von 500,- € pro Arbeitstag an den AN zu berechnen bzw. den Betrag von den Rechnungen, die der AN an den AG stellt, abzuziehen. Das Verzugsentgelt ist in seiner Höhe insgesamt auf maximal 10 % der Nettoauftragssumme begrenzt.

Zur Mengendokumentation stellt der Auftragnehmer dem Auftraggeber für jeden Monat bis zum **07.** des Folgemonats die Leistungszahlen (Mengenangabe in Tonne) in digitaler Form in der nachstehenden Zusammensetzung zur Verfügung: Gesamtmenge, stofflich verwertet, thermisch verwertet etc. gemäß **Anlage 1 (Vorlagemasken zum Monitoring)** als Tabelle beigelegt.

Gemäß Elektrogesetz sind die Daten dem Elektro-Altgeräte Register (EAR) bis zum 15. des Folgemonats zu übergeben.

Der Auftragnehmer stimmt unangemeldeten Kontrollen der Erstbehandlungsanlage durch den Auftraggeber zu (Begehung vor Ort, Einsicht in Liefer- und Wiegescheine, Begutachtung der Einhaltung des Arbeitsschutzes etc.)

Wichtiger Hinweis!

Angebote auf Volumenbasis finden keine Berücksichtigung.

Ebenfalls keine Berücksichtigung finden Angebote, die insgesamt keine Vergütung für den AG hervorbringen.

Geht in diesem Vergabeverfahren kein Angebot ein, das eine Vergütung vorsieht, wird das Material dem EAR angedient.

In der Erstbehandlungsanlage ist eine Verwertung gemäß den gesetzlichen vorgegebenen Quoten sicherzustellen.

Los 1

Gegenstand: Verwertung der Gruppe IV, Großgeräte–weiße Ware, AVV 20 01 35*, ca. 1.450 t

Leistungsvorgaben

Gestellung von 4 Stück mind. 33 m³ großen Abrollcontainern an drei Wertstoffhöfen / Übergabestellen in Bielefeld wie folgt:

Herforder Str. 220	2 Stück
Engersche Str. 245	1 Stück
Fabrikstraße 32	1 Stück

und **Transport** zu einer gemäß ElektroG auf den Auftragnehmer zugelassenen Erstbehandlungsanlage einschließlich der ordnungsgemäßen Verwertung von Elektroschrott der Sammelgruppe IV (AVV 20 01 35*).

Der Umweltbetrieb räumt dem Auftragnehmer (AN) die Möglichkeit ein, allein diese Fraktion in ein genehmigtes Zwischenlager (Abladeplatz) zu übernehmen.

Hierfür stellt der Auftragnehmer einen befestigten, eingezäunten und genehmigten Ablade- / Umschlagplatz für die Sammelgruppe IV. Das Material dieser Sammelgruppe muss dort witterungsgeschützt gelagert werden.

Der Ablade- / Umschlagplatz muss darüber hinaus über eine zum Verwiegen von LKW geeignete, geeichte Waage verfügen, mittels derer alle vom AN abgeholten Mengen transportscharf erfasst werden. Hierzu ist ein Wiegeschein zu erstellen, der alle erforderlichen Angaben (wie z. B. Datum, Uhrzeit, Gewicht, Abfallart, Anlieferer, Kfz-Kennzeichen usw.) enthält. Die bei der Verwiegung entstehenden Kosten sind in den Angebotspreis einzukalkulieren.

Der AN stellt die Umladung und den Weitertransport zur genehmigten Erstbehandlungsanlage sicher. Hierfür anfallende Kosten sind in die Vergütung (Erlöswert) einzukalkulieren.

Während der gesamten Transportkette von den Übergabestellen (Wertstoffhöfen) zur Erstbehandlungsanlage darf das Material nur einmal zwischengelagert werden. Die Nutzung weiterer Zwischenlager (Abladeplätze) ist untersagt.

Nachweisverfahren

Grundsätzlich ist die Entsorgung von Elektrogeräten der Sammelgruppe IV von der Nachweisführung befreit, insofern das Material von der Übergabestelle (Wertstoffhof) direkt zur zugelassenen Erstbehandlungsanlage transportiert wird. Wird eine Zwischenlagerung in Anspruch genommen, so erlischt diese Befreiung und das Nachweisverfahren ist gemäß den Vorgaben der Nachweisverordnung anzuwenden. Zwischen den beteiligten Vertragspartnern wird für jeden Wertstoffhof ein Einzelentsorgungsnachweis geschlossen und für jeden transportierten Container wird das Begleitscheinverfahren angewendet. Der Auftragnehmer (AN) stellt sicher, dass das genehmigte Zwischenlager (Abladeplatz) technisch zur Durchführung des Nachweisverfahrens ausgestattet ist. Aus den eingereichten Unterlagen (z.B. Entsorgungsfachbetriebezertifikat) muss sowohl die Beförderernummer als auch die Entsorgernummer eindeutig ersichtlich sein.

Die durch das Nachweisverfahren entstehenden Kosten sind in die Transport- und Verwertungskosten einzukalkulieren.

Transport und Verwertung

Der AN übernimmt den Weitertransport für die ordnungsgemäße Verwertung des Elektroschrotts der Gruppe IV zu einer gemäß ElektroG zugelassenen Erstbehandlungsanlage des AN. Der Weitertransport ist in den angegebenen Transportkosten enthalten.

Die vom AN abzufahrenden Mengen können jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen. Diese verteilen sich auf die Abladestellen ca. wie folgt:

	Gesamtmenge
Wertstoffhöfe	
Herforder Str. 220	ca. 60 %
Engersche Str. 245	ca. 20 %
Fabrikstraße 32	ca. 20 %

Eine Zusicherung für die beschriebenen Mengen kann nicht übernommen werden.

Vergütung / Kosten

Zur Kalkulation eines Angebotes ist der durchschnittliche Stahlschrotteinkaufspreis der BDSV (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen) für den Monat Februar 2026 - bezogen auf die Sorte 1- als sog. **Basiswert** zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (s. unten) stellt den **Erlöswert** dar, den der AN dem AG nach einem Abschlag auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat Februar 2026 gezahlt hätte.

Da die durchschnittlichen Stahleinkaufspreise marktwirtschaftlichen Schwankungen unterliegen, sind die an den AG zu zahlenden Erlöse insofern monatlich variabel bezogen auf den Basiswert der Sorte 1, der Abschlag (Transport und Verwertungskosten) bezogen auf den Basiswert bleibt für den gesamten Auftragszeitraum fix.

Wie unter den allgemeinen Vorgaben beschrieben, sind die Vergütungen und Kosten netto, zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuersätze auf den Rechnungen bzw. Gutschriften anzugeben. Nach aktuellem Kenntnisstand entspricht dies der rechtlichen Vorgaben für die Umsetzung des § 2b UStG voraussichtlich zum 01.01.2027.

Beispiel (Zahlen willkürlich gegriffen):

Stahleinkaufspreis Wert Januar 2026= 400 €/t Dieser Wert entspricht dem Basiswert BDSV Sorte 1 Monat Januar 2026. Nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten (z.B. 100 €) ergibt sich eine Vergütung von 300 € = 300 €/t entspricht Vergütung für AG.

Der Stahlschrottpreis (Erlöswert) ist monatlich schwankend. Die Transport- und Verwertungskosten sind fix für den gesamten Angebotszeitraum (in diesem Beispiel 100 € pro Tonne). Die Höhe der Vergütung bemisst sich durch die monatlich variierenden Stahlschrotteinkaufspreise monatlich neu.

Los 2

**Gegenstand: Verwertung der Gruppe IV, übrige Großgeräte – keine weiße Ware,
AVV 20 01 35*, ca. 500 t**

Leistungsvorgaben

Gestellung von 4 Stück mind. 33 m³ Abrollcontainern an drei Wertstoffhöfen / Übergabestellen in Bielefeld wie folgt:

2 Container: Herforder Str. 220,
1 Container: Engersche Str. 245
1 Container: Fabrikstraße 32

und **direkter Transport ohne Zwischenlagerung** zu einer gemäß ElektroG auf den Auftragnehmer zugelassenen Erstbehandlungsanlage einschließlich der ordnungsgemäßen Verwertung von Elektroschrott der Sammelgruppe IV (AVV 20 01 35*)

Die vom AN abzufahrenden Mengen verteilen sich auf die Wertstoffhöfe / Übergabestellen wie folgt:

Leistungsort	Gesamtmenge
Herforder Str. 220	ca. 50%
Engersche Str. 245	ca. 25%
Fabrikstraße 32	ca. 25%

Vergütung / Kosten

Zur Kalkulation des Angebotes ist:

1. die durchschnittliche Cu - Monatsnotierung an der Londoner Metallbörse für den Monat **Februar 2026** als Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den **Erlöswert** dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte

2. der durchschnittliche Stahlschrotteinkaufspreis der BDSV (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen) für den Monat **Februar 2026**- bezogen auf die Sorte 4 - als sog. Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den Erlöswert dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte
3. die durchschnittliche Al - Monatsnotierung an der Londoner Metallbörse für den Monat **Februar 2026** als Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert).pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den Erlöswert dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte

Da die durchschnittlichen Metallschrotteinkaufspreise marktwirtschaftlichen Schwankungen unterliegen, sind die an den AG zu zahlende Erlöse insofern monatlich variabel, bezogen auf die Basiswerte der LME CU – Monatsnotierung und der BDSV Sorte 4 und LME Aluminium Alloy - Monatsnotierung. Die drei Basiswerte sind während des Vertragszeitraumes monatlich nach dem vorgegebenen Zyklus neu zu ermitteln. Für die monatliche Abrechnung sind dann jeweils die Basiswerte des Vormonats zu Grunde zu legen, also z. B. für Februar der Wert von Januar.

Der Abschlag (Transport- und Verwertungskosten) bezogen auf den Basiswert bleibt für den gesamten Auftragszeitraum fix.

Es wird davon ausgegangen, dass das zu verwertende Material im Durchschnitt pro Tonne einen Kupferanteil von 2,6 % und einen Stahlschrottanteil Sorte 4 von 32 % und einen Aluminiumanteil von 3,4 % im Mittel enthält. Der verbleibende Gewichtsanteil der Geräte wird gebildet von Kunst- und diversen weiteren Werkstoffen.

Die Berechnung der Vergütung/ Erlöswert erfolgt daher auf Grundlage der nachfolgenden Formel auf Basis des Monatsdurchschnitts der Cu – Notierung an der Londoner Metallbörse LME und des durchschnittlichen Stahlschrotteinkaufspreises für die Sorte 4 der BDSV und der Aluminiumnotierung an der Londoner Metallbörse, bezogen auf dieses Verfahren auf die Basiswerte des Monats Februar 2026

- | | |
|--------------------------|--|
| a) (LME Cu x 0,026) | = LME Cu Monatsdurchschnitt an der Londoner Metallbörse Cu-Notierung |
| b) (BDSV Sorte 4 x 0,32) | = BDSV Sorte 4 Monatsdurchschnittspreis |
| c) (LME Al x 0,034) | = LME Al Monatsdurchschnitt an der Londoner Metallbörse Al-Notierung |

LME Cu Index Februar 2026:	- 7.652,85 €/t x (Faktor) 0,026	=	- 285,14 €/t
BDSV Sorte 4 Februar 2026:	- ...363,40 €/t x (Faktor) 0,320	=	- 95,62 €/t
LME Al Index Februar 2026:	- 1.721,35 €/t x (Faktor) 0,034	=	- 74,06 €/t
(Wert Al-Alloy)			

Basiswert pro Tonne Februar 2026:	=	- 454,82 €/t
--	---	---------------------

Wie unter den allgemeinen Vorgaben beschrieben, sind die Vergütungen und Kosten netto, zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuersätze auf den Rechnungen bzw. Gutschriften anzugeben. Nach aktuellem Kenntnisstand entspricht dies der rechtlichen Vorgaben für die Umsetzung des § 2b UStG voraussichtlich zum 01.01.2027.

Los 3

Gegenstand: Verwertung / Entsorgung von Elektroschrott der Gruppe V **Kleingeräte und kleine Geräte der ITK** (AVV 20 01 35*), ca. 1.450 t

Leistungsvorgaben

Gestellung von 8 Stück mind. 33 m³ Abrollcontainern und 48 Euro-Gitterboxen (Außenmaße 1240x835x970 mm) mit Inlay (BigBag) an drei Wertstoffhöfen / Übergabestellen in Bielefeld gemäß nachstehender Verteilung:

4 Container: Herforder Str. 220,
 48 Euro-Gitterboxen (Außenmaße 1240x835x970 mm) mit Inlay (BigBag): Herforder Straße 220
 2 Container: Engersche Str. 245
 2 Container: Fabrikstraße 32

und **direkter Transport ohne Zwischenlagerung** zu einer gemäß ElektroG auf den Auftragnehmer zugelassenen Erstbehandlungsanlage einschließlich der ordnungsgemäßen Verwertung von Elektroschrott der Sammelgruppe V (AVV 20 01 35*)

Die vom AN abzufahrenden Mengen verteilen sich auf die Wertstoffhöfe / Übergabestellen wie folgt:

Leistungsort	Gesamtmenge
Herforder Str. 220,	ca. 50%
Engersche Str. 245	ca. 25%
Fabrikstraße 32	ca. 25%

Eine Zusicherung für die genannten Mengen kann auf Grund von jahreszeitlich bedingten Schwankungen nicht übernommen werden.

Vergütung / Kosten

Zur Kalkulation des Angebotes ist:

1. die durchschnittliche Cu - Monatsnotierung an der Londoner Metallbörse für den Monat **Februar 2026** als Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den Erlöswert dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte
2. der durchschnittliche Stahlschrotteinkaufspreis der BDSV (Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen) für den Monat **Februar 2026**- bezogen auf die Sorte 4 - als sog. Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den Erlöswert dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte
3. die durchschnittliche Al - Monatsnotierung an der Londoner Metallbörse für den Monat **Februar 2026** als Basiswert zugrunde zu legen. Der als Vergütung (Erlöswert) pro Tonne bezeichnete Wert (siehe unten) stellt den Erlöswert dar, den der AN dem AG nach Abzug der Transport- und Verwertungskosten auf den Basiswert für das beschriebene Material im Monat **Februar 2026** gezahlt hätte.

Da die durchschnittlichen Metallschrotteinkaufspreise marktwirtschaftlichen Schwankungen unterliegen, sind die an den AG zu zahlenden Erlöse insofern monatlich variabel, bezogen auf die Basiswerte der LME CU – Monatsnotierung und der BDSV Sorte 4 und LME Aluminium Alloy - Monatsnotierung. Die drei Basiswerte sind während des Vertragszeitraumes monatlich nach dem vorgegebenen Zyklus neu zu ermitteln. Für die monatliche Abrechnung sind dann jeweils die Basiswerte des Vormonats zu Grunde zu legen, also z. B. für Januar der Wert von Dezember.

Der Abschlag (Transport- und Verwertungskosten) bezogen auf den Basiswert bleibt für den gesamten Auftragszeitraum fix.

Es wird davon ausgegangen, dass das zu verwertende Material im Durchschnitt pro Tonne einen Kupferanteil von 2,6 % und einen Stahlschrottanteil Sorte 4 von 32 % und einen Aluminiumanteil von 3,4 % im

Mittel enthält. Der verbleibende Gewichtsanteil der Geräte wird gebildet von Kunst- und diversen weiteren Werkstoffen.

Die Berechnung der Vergütung/ Erlös wert erfolgt daher auf Grundlage der nachfolgenden Formel auf Basis des Monatsdurchschnitts der Cu – Notierung an der Londoner Metallbörse LME und des durchschnittlichen Stahlschrotteinkaufspreises für die Sorte 4 der BDSV und der Aluminiumnotierung an der Londoner Metallbörse, bezogen auf dieses Verfahren auf die Basiswerte des Monats Februar 2026

- d) (LME Cu x 0,026) = LME Cu Monatsdurchschnitt an der Londoner Metallbörse Cu-Notierung
- e) (BDSV Sorte 4 x 0,32) = BDSV Sorte 4 Monatsdurchschnittspreis
- f) (LME Al x 0,034) = LME Al Monatsdurchschnitt an der Londoner Metallbörse Al-Notierung

LME Cu Index	Februar 2026:	- 7652,85 €/t x (Faktor) 0,026	=	- 285,14 €/t
BDSV Sorte 4	Februar 2026:	- 363,40 €/t x (Faktor) 0,320	=	- 95,62 €/t
LME Al Index	Februar 2026:	- 1721,35 €/t x (Faktor) 0,034	=	- 74,06 €/t
(Wert Al-Alloy)				

Basiswert pro Tonne Februar 2026: = - 454,82 €/t

Wie unter den allgemeinen Vorgaben beschrieben, sind die Vergütungen und Kosten netto, zzgl. der jeweils geltenden Umsatzsteuersätze auf den Rechnungen bzw. Gutschriften anzugeben. Nach aktuellem Kenntnisstand entspricht dies der rechtlichen Vorgaben für die Umsetzung des § 2b UStG voraussichtlich zum 01.01.2027.

II Vergabeverfahren (Ablauf und Bewertungsvorgehen)

1. Allgemeine Angaben

Die Leistung wird im Wege eines offenen Verfahrens nach der Vergabeverordnung (VgV) in Verbindung mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ausgeschrieben.

Die Ausschreibungsunterlagen stehen für alle Interessierten auf der elektronischen Vergabeplattform <https://www.vergabe-westfalen.de> für das Verfahren kostenfrei zum Download bereit. Es wird darauf hingewiesen, dass für das Herunterladen der Unterlagen eine Registrierung bei der o. g. Vergabeplattform nicht notwendig, aber vorteilhaft ist und empfohlen wird, da dann Bieter automatisch über die laufende Kommunikation per E-Mail unterrichtet werden und keine Informationen verpassen.

Das Angebot nebst Anlagen ist bis zum jeweiligen Eröffnungstermin elektronisch in Textform gemäß § 126b BGB auf dem Vergabemarktplatz Westfalen hochzuladen (über Bietertool oder web-basierte Abgabe) und dadurch verschlüsselt zu übermitteln.

Das Angebot einschließlich der Nachweise und Erklärungen ist in deutscher Sprache abzufassen. Für Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, soll eine Übersetzung in deutscher Sprache beigelegt werden.

Nebenangebote sind nicht zulässig.

Sofern ein Bieter mehrere Hauptangebote einreicht, ist jedes Hauptangebot mit allen Angebotsunterlagen als eigenes Angebot zu kennzeichnen und auf dem Vergabemarktplatz Westfalen (über Bietertool oder web-basierte Abgabe) einzustellen. Die Abgabe mehrerer Hauptangebote in einem Angebot ist nicht zulässig und führt zum Ausschluss.

Qualifizierungs- und Eignungsnachweise sind teilweise in Form von Eigenerklärungen einzureichen. Auf Anforderung der Auftraggeberin sind vor Zuschlagserteilung die Eigenerklärungen durch entsprechende Nachweise zu bestätigen.

Etwaige Unklarheiten sollten unbedingt vor Angebotsabgabe geklärt werden, da nach der Angebotseröffnung keine Änderungen mehr möglich sind. Rückfragen **sollten bis spätestens 6 Werktage vor dem Ende der Angebotsfrist** elektronisch über die Kommunikationsmöglichkeit der Vergabeplattform gerichtet werden.

Informationen, welche die Vergabeunterlagen ergänzen oder berichtigen, werden allen Beteiligten über die Vergabeplattform mitgeteilt, wenn sie dort registriert sind. Sie sind bei der Erarbeitung des Angebotes zu berücksichtigen und werden Bestandteil des Angebotes. Mündliche sowie telefonische Auskünfte werden grundsätzlich nicht erteilt.

Kosten für die Erstellung des Angebotes und die Beteiligung an diesem Vergabeverfahren werden nicht erstattet.

Der Bieter ist bis zum Ablauf der Bindefrist an sein Angebot gebunden.

2. Eignungsanforderungen

Der künftige Auftragnehmer muss die nachfolgend genannten Eignungskriterien erfüllen:

4.1 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

4.1.1 Gesetzliche Ausschlussgründe nach § 123 ff GWB (§ 42 VgV)

Es dürfen keine Ausschlussgründe gem. §§ 123 ff GWB (§ 42 VgV) vorliegen. Das Nichtvorliegen der Ausschlussgründe ist anhand des beigelegten Vordruckes „Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff GWB“ zu bestätigen.

Nachweise hierzu (u.a. Bescheinigungen in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkassen, des Steueramtes der Kommune sowie der Berufsgenossenschaft) sind auf besondere Aufforderung vor Auftragserteilung beizubringen (nicht älter als 6 Monate, Stichtag ist das Ende der Angebotsfrist).

4.1.2 Zuschlagsverbot

Es gilt ein Zuschlagsverbot aufgrund des 5. EU-Sanktionspakets auf öffentliche Aufträge nach GWB i. V. m.

VgV, s. auch Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2023/2878 des Rates vom 18.12.2023. Die beigefügte Eigenerklärung ist mit dem Angebot einzureichen.

4.2 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

- Eintragung in ein Berufs- /Handelsregister:

Vor Zuschlagserteilung hat der zum Zuschlag vorgesehene Bieter **auf besondere Aufforderung** der Auftraggeberin einen aktuellen Berufs- oder Handelsregistrauszugs nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes der Europäischen Union oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens, in dem der Bieter ansässig ist, oder einen gleichwertigen Nachweis zum Gewerbebetrieb, sofern dieser nicht im Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist, vorzulegen. Der Berufs- oder Handelsregistrauszug ist dann aktuell, wenn dieser –unabhängig vom Datum der Erstellung – die tatsächlichen Gegebenheiten zum Zeitpunkt der geforderten Frist zur Abgabe der Angebote wiedergibt.

Falls keine Eintragungspflicht im Berufs- oder Handelsregister des Herkunftslandes besteht, ist eine Eigenerklärung, weshalb für den Bieter keine Eintragungspflicht besteht und darüber, wer die vertretungsberechtigten Personen sind, einzureichen.

4.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- Erklärung, dass das Angebot in keinem Zusammenhang mit wettbewerbsbeschränkenden Abreden oder Vereinbarungen ähnlicher Art steht, sondern das Ergebnis eigenbetrieblicher Kalkulation und Preisbildung ist.
- Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung und Umwelthaftpflichtversicherung sowie Nachweis oder Erklärung zur Versicherungssumme

Zum Vertragsbeginn und während der Vertragslaufzeit und darüber hinaus für weitere drei Monate muss der Auftragnehmer über eine Betriebshaftpflichtversicherung und eine Umwelthaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut mit folgenden Mindestsummen verfügen: für Personen-, Sach-, Umwelt- und Vermögensschäden von jeweils 3 Mio. Euro

- **Auf besondere Aufforderung** sind vor Vertragsabschluss weitere Nachweise beizubringen:

- gültige Bescheinigungen in Steuersachen des Finanzamtes, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkasse, des Steueramtes der Kommune sowie der Berufsgenossenschaft, Auszug aus dem Gewerbezentralregister durch Bescheinigungen der zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedsstaates (nicht älter als 6 Monate, Stichtag ist das Ende der Angebotsfrist), gültige Bescheinigungen der Betriebshaftpflichtversicherung und Umwelthaftpflichtversicherung

4.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zu Los 1:

Der künftige Auftragnehmer muss die nachfolgend genannten Eignungskriterien erfüllen. Die entsprechenden Eigenerklärungen sollen unter Verwendung des beigefügten Vordruckes „Eigenerklärungen zu den Eignungsanforderungen“ (siehe Anlage 2) mit dem Angebot eingereicht werden.

- Name und Anschrift der für die Erstbehandlung der Elektroaltgeräte der Sammelgruppe IV – Großgeräte Anteil weiße Ware- vorgesehenen Anlage
- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Erstbehandlungszertifikat der genannten Erstbehandlungsanlage, dass mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Genehmigungsbescheid(e) gemäß Baurecht oder BImSchG für die genannte Erstbehandlungsanlage, welcher mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Eigenerklärung, dass keine Zwischenlagerung erfolgt
oder
Name und Anschrift des vorgesehenen Ablade- / Umschlagplatzes Kopie des

Genehmigungsbescheides gemäß Baurecht oder BImSchG für den genannten Ablade- / Umschlagplatz zum Lagern von Abfällen, welcher mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält

- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Zertifikat gemäß Entsorgungsfachbetriebe Verordnung (EfB) zum Lagern und Transportieren von Abfällen, das mindestens die Abfallschlüsselnummer 20 01 35* enthält

Auf besondere Aufforderung der Auftraggeberin sind vor Zuschlagerteilung die entsprechenden Nachweise in Kopie einzureichen.

Zu Los 2:

Der künftige Auftragnehmer muss die nachfolgend genannten Eignungskriterien erfüllen.

Die entsprechenden Eigenerklärungen sollen unter Verwendung des beigefügten Vordruckes

„Eigenerklärungen zu den Eignungsanforderungen“ (siehe Anlage 3) mit dem Angebot eingereicht werden.

- Name und Anschrift der für die Erstbehandlung der Elektroaltgeräte der Sammelgruppe IV - Großgeräte (keine weiße Ware) - vorgesehenen Anlage
- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Erstbehandlungszertifikat der genannten Erstbehandlungsanlage, dass mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Genehmigungsbescheid(e) gemäß Baurecht oder BImSchG für die genannte Erstbehandlungsanlage, welcher mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Zertifikat gemäß Entsorgungsfachbetriebe Verordnung (EfB) zum Lagern und Transportieren von Abfällen, das mindestens die Abfallschlüsselnummer 20 01 35* enthält

Auf besondere Aufforderung der Auftraggeberin sind vor Zuschlagerteilung die entsprechenden Nachweise in Kopie einzureichen.

Zu Los 3:

Der künftige Auftragnehmer muss die nachfolgend genannten Eignungskriterien erfüllen.

Die entsprechenden Eigenerklärungen sollen unter Verwendung des beigefügten Vordruckes

„Eigenerklärungen zu den Eignungsanforderungen“ (siehe Anlage 4) mit dem Angebot eingereicht werden.

- Name und Anschrift der für die Erstbehandlung der Elektroaltgeräte der Gruppe V – Kleingeräte und kleine Geräte der ITK- vorgesehenen Anlage
- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Erstbehandlungszertifikat der genannten Erstbehandlungsanlage, dass mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Genehmigungsbescheid(e) gemäß Baurecht oder BImSchG für die genannte Erstbehandlungsanlage, welcher mindestens den Abfallschlüssel 20 01 35* enthält
- Ein auf den Bieter ausgestelltes, gültiges Zertifikat gemäß Entsorgungsfachbetriebe Verordnung (EfB) zum Lagern und Transportieren von Abfällen, das mindestens die Abfallschlüsselnummer 20 01 35* enthält

Auf besondere Aufforderung der Auftraggeberin sind vor Zuschlagerteilung die entsprechenden Nachweise in Kopie einzureichen.

5. Kalkulationshinweise

Der Bieter erhält mit den Vergabeunterlagen die Preisblätter je Los (Teil III der Leistungsbeschreibung). Das/die Preisblatt/Preisblätter ist/sind zentraler Bestandteil der Angebote. Formale Fehler oder unvollständige Eintragungen haben daher in der Regel erhebliche Nachteile im Rahmen der Angebotswertung zur Folge.

Bei Differenzen zwischen den Preisangaben/Vergütungsangaben im Bietertool oder der web-basierten Angebotsabgabe, dem Angebotsschreiben und dem Preisblatt, sind die Preisangaben/Vergütungsangaben im Preisblatt maßgeblich.

Insofern sich aus dem Brennstoffemissionshandelsgesetz nach § 2 zusätzliche Kosten im Rahmen der thermischen Verwertung für den Abfall AVV 20 01 35* ergeben, sind diese mit in die Transport- und Verwertungskosten einzurechnen. Alternativ können sie als Einzelposition auf einem separaten Schreiben ausgewiesen werden.

Die bei der Verwiegung entstehenden Kosten sind in den Angebotspreis einzukalkulieren.

6. Zuschlagserteilung

Die Gesamtleistung besteht aus drei Losen. Die Zuschlagserteilung erfolgt je Los - nach Erfüllung aller in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Kriterien - bezogen auf den Vergütungswert (Erlöswert) zu 100%. Das Angebot mit dem höchsten Erlöswert erhält den Zuschlag. Bei gleicher Vergütung (Erlöswert) entscheidet das Los.

III Preisblätter

Preisblatt Los 1

Berechnung Vergütung / Erlöswert

Basiswert Index BDSV Sorte 1 (**Endpreis**) pro Tonne Februar 2026 - 260,70 €/t [A]
(ohne MwSt.)

Transport- u. Verwertungskosten pro Tonne _____ €/t [B]
(ohne MwSt.):

Vergütung (Erlöswert. pro Tonne (Transport- u.
Verwertungskosten [B]+**Basiswert** [A])
(ohne MwSt.): _____ €/t [C]

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [C * 1.450 t] netto _____ €

_____ % Mehrwertsteuer _____ €

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [C * 1.450 t] brutto _____ €

Bitte beachten Sie die Regelungen zum tauschähnlichen Umsatz sowie des UStG. Auf den Rechnungen sind Vergütungen und Kosten mit dem maßgeblichen Umsatzsteuersatz anzusetzen.

Die Mengenangaben in t sind für zwei Jahre geschätzt und nicht verbindlich.

Preisblatt Los 2

Berechnung Vergütung / Erlöswert

4. Index LME Cu x 0,026 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne (Basiswert) - **285,14 €/t** [A]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

5. Index BDSV Sorte 4 x 0,32 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne: (Basiswert) - **95,62 €/t** [B]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

6. Index LME Al x 0,034 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne (Basiswert) - **74,06 €/t** [C]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

Basiswert pro Tonne (Endpreis) [A + B + C) - **454,82 €/t** [D]
 (ohne MwSt)

Transport- u. Verwertungskosten pro Tonne _____ €/t [E]
 (ohne MwSt.):

Vergütung (Erlöswert) pro Tonne
 (Transport- u. Verwertungskosten [E] + **Basiswert** [D]) _____ €/t [F]
 (ohne MwSt):

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [F * 500 t] netto _____ €

_____ % **Mehrwertsteuer** _____ €

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [F * 500 t] brutto _____ €

Bitte beachten Sie die Regelungen zum tauschähnlichen Umsatz sowie des Umsatzsteuergesetz. Auf den Rechnungen sind Vergütungen und Kosten mit dem maßgeblichen Umsatzsteuersatz anzusetzen.

Die Mengenangaben in t sind für zwei Jahre geschätzt und nicht verbindlich.

Preisblatt Los 3

Berechnung Vergütung / Erlöswert

7. Index LME Cu x 0,026 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne (Basiswert) - 285,14 €/t [A]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

8. Index BDSV Sorte 4 x 0,32 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne: (Basiswert) - 95,62 €/t [B]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

9. Index LME Al x 0,034 für den Monat **Februar 2026**
 Vergütung (Endpreis) pro Tonne (Basiswert) - 74,06 €/t [C]
 (Hinweis: Vergütungen sind mit negativem Vorzeichen versehen)

Basiswert pro Tonne (Endpreis) [A + B +C] - 454,82 €/t [D]
 (ohne Mwst.):

Transport- u. Verwertungskosten pro Tonne _____ €/t [E]
 (ohne MwSt.):

Vergütung (Erlöswert) pro Tonne _____ €/t [F]
 (Transport- u. Verwertungskosten [E]+**Basiswert** [D])
 (ohne MwSt.):

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [F * 1.450 t] netto _____ €

_____ % Mehrwertsteuer _____ €

Vergütung (Erlöswert) insgesamt [F* 1.450 t] brutto _____ €

Bitte beachten Sie die Regelungen zum täuschähnlichen Umsatz sowie des UStG. Auf den Rechnungen sind Vergütungen und Kosten mit dem maßgeblichen Umsatzsteuersatz anzusetzen.

Die Mengenangaben in t sind für zwei Jahre geschätzt und nicht verbindlich.